

## Leitantrag

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Weiterleitung an SPD-Landesparteitag und Juso-Landeskonferenz (redaktionell abgeändert)

# Ein Europa für Oberfranken - starkes Europa, starkes Oberfranken.

## 1 1. Einleitung

2 Europa ist etwas Positives. Doch viele Menschen sehen das nicht so. Sie haben ein sehr negatives Bild  
3 von der Europäischen Union. Sie nehmen sich selbst nur als Beitragszahler\_innen wahr. Sie sehen Europa  
4 als ein Fass ohne Boden, das Steuergelder aufsaugt, um in andere Länder zu stecken.

5 Europa ist jedoch mehr. Die Europäische Union ist ein Konstrukt, das seit der Gründung der Montanuni-  
6 on den Frieden in Europa sichert. Sie ist ein Konstrukt, deren Auswirkungen jeden Tag aktiv sind. Vom  
7 grenzüberschreitenden Handel profitieren unsere Unternehmen und die privaten Haushalte. Einkaufen,  
8 oder Essen gehen in Tschechien ist für viele schon so normal geworden, dass es als positive Auswirkung  
9 nicht mehr wahrgenommen wird. Europa bietet Urlaubsreisen ohne Grenzkontrollen und ohne Geld zu  
10 tauschen.

11 Und trotzdem haben viele Menschen ein negatives Bild der EU. Der Euro gilt als Teuro. Die EU als büro -  
12 kratisches Monster. Wir wissen: es läuft nicht alles richtig in der EU. An vielen Stellen muss korrigiert  
13 werden. Wir wollen die Europäische Union verbessern, so dass sie unmittelbar positiv für ihre Einwoh-  
14 ner\_innen wirkt. Wir wollen ein Europa, das vor Ort gespürt wird.

## 15 2. Arbeiten vor Ort in Europa

16 Zum 31. Dezember 2012 lebten in Oberfranken 90.432 Menschen im Alter zwischen 18 und 25 und  
17 33.335 zwischen 15 und 18.<sup>1</sup> Diese junge Menschen stehen entweder kurz vor der Ausbildung, sie sind  
18 mitten in ihr oder sind gerade damit fertig geworden. Für diese Menschen muss Europa Lösungen bieten  
19 können.

20 Wir fordern deshalb die strikte Umsetzung der europäischen Jugendgarantie in Oberfranken. **Jeder junge**  
21 **Mensch unter 25 Jahren, muss nach Abschluss der Ausbildung oder nachdem er/sie arbeitslos gewor-**  
22 **den ist, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Arbeitsangebot erhalten.**

23 Doch das darf nicht das einzige Instrument zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit bleiben. Daher  
24 fordern wir eine europaweite Übernahmepflicht für Auszubildende. Jede\_r, der/die die Ausbildung abge-  
25 schlossen hat, benötigt Sicherheit für die Arbeitssuche. Denn, je länger diese dauert, desto größer wird  
26 die Lücke im Lebenslauf. Und je größer diese ist, desto schwieriger wird es, einen Arbeitsplatz zu finden.  
27 **Daher fordern wir, dass jede\_r, der/die seine/ihre Ausbildung abgeschlossen hat, von seinem Unter-**  
28 **nehmen übernommen werden muss.** Diese Phase wird die nötige Sicherheit in der persönlichen Pla-  
29 nung bieten.

30 Für die arbeitenden Menschen in Europa muss gelten: Arbeit muss sich lohnen. Im Koalitionsvertrag von  
31 SPD, CSU und CDU wurde der Mindestlohn für Deutschland vereinbart. Im europapolitischen Teil des  
32 Vertrages, verpflichtete man sich auch zu prüfen, ob ein europaweiter Mindestlohn einführbar ist. Wir  
33 sind uns einig: das ist er. Denn in fast allen Ländern der EU gibt es ihn schon. **Für ganz Europa muss gel-**  
34 **ten: Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit am gleichen Ort.** Dieses Prinzip schützt die arbeitende Bevölke-  
35 rung vor Lohndumping, da der Standort des Arbeitsplatzes über den Mindestlohn entscheidet. Es ver-  
36 hindert unsoziales und ungerechtes Lohndumping sowie das Unterlaufen der örtlichen Löhne und Tarif-  
37 verträge zum Wohle aller Arbeitnehmer\_innen. Wir fordern, es nicht nur bei einem Prüfauftrag, der im  
38 Sand verläuft, zu belassen. Wir fordern echte Anstrengungen zur Umsetzung dieser europaweiten Ver-  
39 besserung für die Arbeitnehmer\_innen.

40 Im Koalitionsvertrag wurde ebenfalls festgehalten, dass man sich einig ist, dass die Sozialrechte aus der  
41 EU-Menschenrechtscharta den Rechten des freien Marktes gleich gesetzt werden sollen. Diese Maßnah-

<sup>1</sup> — Statistik kommunal 2012: Oberfranken.

1 me ist bitter nötig. Es kann nicht sein, dass durch EU-Recht wichtige Arbeitnehmer\_innen-Rechte ausge-  
2 hebelt werden. Auch hier fordern wir, es nicht nur bei dieser Ankündigung zu belassen. **Wir fordern von**  
3 **der Bundesregierung echte und ernsthafte Anstrengungen, die Gleichsetzung der Sozialrechte aus der**  
4 **Menschenrechtscharta zu verwirklichen.**

### 5 3. Migration und Asyl in Europa

6 Das europäische Asylverfahren ist in der Dublin-III-Verordnung geregelt. Nach dieser ist der Mitglieds-  
7 staat für eine\_n Asylbewerber\_in zuständig, über welchen der- oder diejenige die EU betreten hat. An-  
8 dere Staaten können, wenn sie wollen, zwar Asylanträge von Menschen prüfen, die über einen anderen  
9 EU-Staat eingereist sind, müssen aber nicht. Sie können den Asylantrag auch ganz einfach zu dem zustän-  
10 digen Einreisestaat überweisen. Das führt dazu, dass sich die Bundesrepublik Deutschland weitgehend  
11 aus allem heraus halten kann. Denn sie liegt in der Mitte der EU. Am meisten von den Asylströmen sind  
12 daher Spanien, Italien und Griechenland betroffen. Das sind gerade die Länder, die sowieso schon wirt-  
13 schaftliche Schwierigkeiten haben.

14 Das verbessert die Lage der Asylbewerber\_innen in diesen Ländern nicht. Der Europäische Gerichtshof  
15 für Menschenrechte hat beispielsweise am 21. Januar 2011 Griechenland wegen den dortigen Haft- und  
16 Lebensbedingungen für Asylbewerber\_innen verurteilt, das diese gegen die europäische Menschen-  
17 rechtskonvention verstoßen.

18 Das Asylverfahren muss zwischen den Mitgliedsstaaten zukünftig solidarischer gestaltet werden. **Wir for-**  
19 **dern eine zentrale Asylantragsstelle der europäischen Union. Von dort aus sollen die Asylbewerber\_in-**  
20 **nen gerecht auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden.** Dabei sind die familiären Verhältnisse der  
21 Asylbewerber\_innen zu berücksichtigen. Gerade in den Zeiten von Fachkräftemangel und sinkenden Ge-  
22 burtenraten muss Migration als Chance gesehen werden, nicht als Belastung.

23 Die Asylbewerber\_innen sind menschenwürdig unterzubringen. Sie flüchten aus ihrer Heimat und lassen  
24 dort alles, auch Haus und Grund, zurück. Diesen Schritt macht man nicht aus einer Laune heraus. Das  
25 macht man nur, wenn man wirklich verzweifelt ist, um sein Leben fürchten muss und keine Alternative zu  
26 erkennen ist.

27 Diese Menschen gehören ernst genommen und betreut. Eine solche Betreuung muss die Europäische  
28 Union von den Mitgliedsstaaten mit Nachdruck einfordern und zu einer Muss-Regelung machen. Ein  
29 sinnvolles sozialpädagogisches Betreuungsverhältnis ist zu beachten. Die Asylbewerber\_innen gehören  
30 wie Menschen behandelt und nicht wie Menschen zweiter Klasse. Europa müsste dieses Denken nach  
31 dem zweiten Weltkrieg eigentlich überwunden haben.

32 Wir fordern außerdem die Abschaffung des privaten Sicherheitsdienstes „Frontex“ an Europas Grenzen  
33 und den damit eingehenden Abbau der „Festung Europa.“ Grenzsicherung ist staatliche Aufgabe und  
34 muss unter Bedingungen der Menschenrechte erfolgen.

### 35 4. Europäische Kunst und Kultur vor Ort

36 Oberfranken ist ein kultureller Regierungsbezirk. Egal ob Fußball, Eishockey, Basketball oder andere  
37 Sportarten - Sportlich ist Oberfranken topp. Oberfranken hat eine ausgeprägte Theaterlandschaft: Bam-  
38 berg, Bayreuth, Coburg, Hof, Selb und andere. Die Wagner-Festspiele und die Hofer Filmtage sind inter-  
39 national bekannt. Die Hofer Symphoniker und die Bamberger Philharmonie bilden die musikalischen Hö-  
40 hepunkte.

41 Neben diesen großen Projekten gibt es eine Vielzahl von kleineren Künstler\_innen, die auch über Ober -  
42 franken hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad erzielt haben. Egal ob ernsthafte Musik oder Comedy -  
43 Oberfranken ist vielfältig.

44 Bereits jetzt fördert die Europäische Union viele Kulturprojekte, wie zum Beispiel das Donald Duck Muse-  
45 um in Schwarzenbach an der Saale. Mit neuen Ideen können Kommunen ihre Gemeinde gestalten und  
46 sich mit Fördermitteln der EU dabei helfen lassen.

47 Viele kleine Kommunen wissen oft aber gar nichts von Fördermöglichkeiten. **Daher fordern wir die**

1 **Schaffung einer Beratungsstelle für EU-Förderungen als Anlaufstelle für Bürgermeister\_innen und Ge-**  
2 **meinderät\_innen kleiner Gemeinden an der Regierung von Oberfranken.** Bis zum 31. Dezember 2020  
3 wird die EU mit insgesamt 1,46 Milliarden Euro kulturelle Projekte fördern. Oberfrankens Kommunen  
4 müssen davon profitieren können.

##### 5 **5. Starke Wirtschaft in Europa, starke Wirtschaft in Oberfranken**

6 Die Grundlage Europas ist eine starke Wirtschaft. Unsere Wirtschaft ist komplex und international sehr  
7 verflochten. Man kann die Wirtschaft einer Region nicht ohne weiteres isoliert betrachten.

8 Die Bankenkrise betrifft auch Oberfranken. Vor der Krise haben sich Banken gegenseitig Geld geliehen.  
9 Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen waren schnell vergeben. Nach der Krise haben sich  
10 die Banken damit schwer getan. Sie haben sich selbst untereinander kaum Geld verliehen. Noch jetzt  
11 sind die Kreditzinsen im Vergleich zum Leitzins teuer. Das ist auch ein Zeichen von fehlendem Marktver-  
12 trauen.

13 Daher müssen Maßnahmen entwickelt werden, die bewirken, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es in der  
14 Zukunft zu einer erneuten Krise kommt, minimiert wird. **Daher fordern wir, dass Spekulationen auf Nah-**  
15 **rungsmittel und Staatspleiten europaweit verboten werden.** Eine große Belastung für die Stabilität der  
16 Finanzmärkte sind Leerverkäufe. Hier werden Aktien verkauft, die man nicht besitzt. Finanziert auf Kredit  
17 wird auf einen sinkenden Aktienkurs spekuliert. Denn nur dann, wenn dieser sinkt, wird Profit gemacht.  
18 Wird Profit gemacht, schadet das der Aktie, was destabilisierend wirkt. Wird kein Profit gemacht, scha-  
19 det es dem Kreditwesen. **Daher gehören auch Leerverkäufe europaweit verboten.**

20 Ein weiterer destabilisierender Faktor ist der Hochfrequenzhandel. Hier wird der Wertpapier An- und Ver-  
21 kauf ausschließlich durch Computersysteme durchgeführt. Dies errechnen die optimalen kurzfristigen  
22 Gewinnspannen. Kein Wertpapier wird über Nacht gehalten. **Wir fordern deshalb, dass auch der Hoch-**  
23 **frequenzhandel europaweit verboten wird, um unsere oberfränkischen Banken, ihre Sparer\_innen,**  
24 **und Unternehmen vor unseriösen Finanzmarktspekulationen zu schützen.**

25 Die Krise zeigt uns, dass das Modell der finanzmarktgetriebenen Investmentbanken gescheitert ist. Viel-  
26 mehr müssen Banken wieder verstärkt am Gemeinwohl orientiert werden und nur den Menschen in der  
27 Region und vor Ort dienen. Dieses wird primär von den öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen  
28 Banken garantiert. Doch in den letzten Jahren wurde immer wieder versucht dieses System zu schleifen  
29 und jene Banken zu privatisieren - Mehr und mehr öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken  
30 sollten in das Geschäftsfeld des Investmentbankings getrieben werden. Doch gerade diese Banken, de-  
31 ren Hauptfeld das Kreditgeschäft ist, waren es, die zur Stabilität und Sicherheit des Bankensystems in der  
32 Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben. Daher sollten sie vor Privatisierungen geschützt wer-  
33 den.

34 Das Hauptproblem jedoch ist vor allem das Investmentbanking. Denn dieses stellte das größte Risiko für  
35 das Bankensystem dar. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Investmentbanking unter einem Dach  
36 mit dem Kundengeschäft ist oder wie im angelsächsischen Raum in speziellen Investmentbanken betrie-  
37 ben wird. Das spekulative Investmentbanking produziert immer Risiken und Verluste, die massive Dritt-  
38 wirkungen über die Bank hinaus haben werden, denn unser Wirtschafts- und Finanzsystem sind eng mit-  
39 einander vernetzt. Vielmehr stellt sich nicht die Frage nach Trennbank- oder Universalbanksystem, son-  
40 dern das Bankensystem muss insgesamt vom spekulativen Investmentbanking befreit werden.

41 Daher müssen hochspekulative Finanzprodukte massiv reguliert und in einem weiteren Schritt verboten  
42 werden. Das Verbot von Leerverkäufen und Hochfrequenzhandel kann jedoch nur ein erster Schritt in die  
43 richtige Richtung sein. Vielmehr muss der Eigenhandel zwischen den Banken abgeschafft werden. Nur  
44 noch Beziehungen zwischen Banken zugunsten von KundInnen sind zulässig. Für alle Banken haben zu-  
45 künftig die strengen Regeln zur Absicherung von Risikopositionen mit Eigenkapital zu gelten. Hier soll der  
46 Verschuldungsgrad maximal 3% betragen. Dafür kann Basel III eine Richtlinie sein.

47 Um eine Abwanderung der bestehenden Investmentabteilungen in sogenannte Schattenbanken beste-  
48 hend aus dubiosen Finanzunternehmen und Hedgefonds zu unterbinden, sind diese zu verbieten. Es sind

1 nur noch Banken zuzulassen, die sowohl den neuen strengen Regeln unterliegen als auch diese tatsäch-  
2 lich befolgen.

3 **Der Staat hat öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken, deren Geschäftsausrichtung sich**  
4 **am Gemeinwohl zu orientieren hat, zu stärken. Der Privatbankensektor ist unter der Prämisse der Ge-**  
5 **meinwohlorientierung zusätzlich zu regulieren, um das erneute Erstarken von Modellen, die auf spe-**  
6 **kulativen Investmentbanking beruhen, zu unterbinden. Daher fordern wir: Stärkung des öffentlichen**  
7 **und genossenschaftlichen Bankensystems, welche nur die Spareinlagen effektiv und sicher zu hundert**  
8 **Prozent schützen kann. Ebenso muss die Risikoproduktion durch spekulatives Investmentbank zur Si-**  
9 **cherung der gesamten Wirtschaft lahmgelegt werden!“**

10 Diese Maßnahmen können zukünftige Marktzusammenbrüche absichern. Das Geschehene lässt sich je-  
11 doch nicht ändern. Die letzte Krise haben zu großen Teilen die Steuerzahler\_innen gezahlt. Nun muss der  
12 Finanzmarkt endlich mit in Verantwortung gezogen werden. Laut den Zusicherungen der Regierung Mer-  
13 kel hätte schon längst eine Finanztransaktionssteuer kommen sollen. **Daher fordern wir die sofortige**  
14 **Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um die Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen.**  
15 Dadurch können auch Rücklagen für zukünftige durch den Finanzmarkt verursachte Probleme geschaffe-  
16 nen werden. **Wir fordern, dass die Bundesregierung zielgerichtete und zielführende Anstrengungen un-**  
17 **ternimmt, die Finanztransaktionssteuer europaweit zu installieren.** So wird Europas Wirtschaft ge-  
18 stärkt, und damit auch die Wirtschaft Oberfrankens. Denn diese hängt von der Weltwirtschaft ab.

19 Doch die Europäische Union wirkt auch unmittelbar vor Ort. Ein wichtiges Instrument ist die Strukturför-  
20 derung. Bei dieser werden Fördergebiete in Kategorien eingeteilt. Leider hat man bei den letzten Haus-  
21 haltsberatungen über unsägliche Zustände diskutiert. Zwischen zwei Gemeinden, die weniger als 5 Kilo-  
22 meter zusammen liegen, hat man ein Fördergefälle von zehn Prozent. Hier werden Nachbargemeinden  
23 gegeneinander ausgespielt. Da hinter steckt kein Konzept, sondern reine Willkür. Unter dem Strich muss  
24 hier nur der Durchschnitt passen. **Daher fordern wir, eine Förderquote für eine Region. Nachbargeme-**  
25 **inden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.**

## 26 **6. Öffentliche Daseinsvorsorge - das Wasser bleibt in Oberfranken.**

27 Ein große Diskussion unter schwarz-gelb war die öffentliche Daseinsvorsorge. Hier haben die führenden  
28 Politiker\_innen von CDU/CSU dazugelernt. Die neue Koalition ist sich einig. **Die Wasserversorgung muss**  
29 **in der Hand der Kommunen bleiben können.** Hier darf die Europäische Union, und schon gar nicht ihre  
30 neoliberalen Kräfte, kein Mitspracherecht haben.

31 Doch die öffentliche Daseinsvorsorge betrifft nicht nur die Wasserversorgung. Daseinsvorsorge bedeutet  
32 alles, was der Mensch zum Überleben benötigt. Das ist Wasser, Luft aber auch Gesundheit, Strom, Heizöl  
33 und Benzin. Denn ohne Benzin ist beispielsweise für viele der Weg zur Arbeit undenkbar. Es wirkt heute  
34 schon als Grundlage, um überhaupt Geld verdienen zu können. Bei Strom und Benzin werden die Kosten  
35 stetig in die Höhe getrieben. Die Privatisierung der Stromversorgung war einer der größten Neoliberalen  
36 Fehler. **Wir fordern daher die Wiederverstaatlichung von Kliniken und der Stromversorgung in einer**  
37 **marktgerechten Form.** Kleiner Projekte werden kommunalisiert, größere Fallen in Landes oder Bundes-  
38 zuständigkeit. **Wir fordern auch die Verstaatlichung der Mineralölwirtschaft, um der Benzinpreistreib-**  
39 **rei Einhalt zu gewähren.** Nur so können die Verbraucher\_innen von überhöhten Preisen geschützt wer-  
40 den. Strom, Heizung und Benzin für den Arbeitsweg sind kein Luxus. Es handelt sich um überlebenswichtig-  
41 e Notwendigkeiten.

## 42 **7. Pfandflascheneinführung innerhalb der gesamten Europäischen Union.**

43 Weitere wichtige Themen sind die Umweltverschmutzung und die zunehmende Ressourcenknappheit.  
44 Deshalb fordern wir die Einführung von Pfandflaschen innerhalb der gesamten Europäischen Union. Je-  
45 des Land soll für die Umsetzung selbst verantwortlich sein. Auf jede Plastikflasche sollte es einen gewis-  
46 sen Betrag an Pfand geben (ca. 25 Cent). Das System sollte ähnlich dem in Deutschland gestaltet werden.  
47 Durch die Einführung von Pfand auf Plastikprodukten und besonders auf Plastikflaschen kann ein Rück-  
48 gang der Umweltverschmutzung durch Plastik erzeugt werden.

1 Pfandautomaten in jedem Supermarkt, Recyclinganlagen in jeder Stadt. Dies wird dafür sorgen, dass die  
2 Umwelt weniger verschmutzt wird. Besonders in küstennahen Gebieten werden viele Meere mit Plastik  
3 und vor allem Plastikflaschen verschmutzt. Das Verhältnis zwischen Plastik und Plankton im Meer be-  
4 trägt beispielsweise inzwischen 6 zu 1. **Tiere werden durch Plastik umgebracht. Plastik hat eine negati-  
5 ve Auswirkung auf die Gene der Menschen. Plastikverbrauch kann nachweislich zu Unfruchtbarkeit  
6 und Veränderung der Genstruktur führen.**

#### **7 8. Ein Europa für jeden Mensch in Oberfranken.**

8 Die Europäische Union ist ein Konstrukt, das gut für Oberfranken ist. Die Europäische Union erleichtert  
9 Oberfrankens Unternehmen den grenzüberschreitenden Handel. Das machen viele Unternehmen, auch  
10 vermeidlich kleinere, von denen man es auf den ersten Blick nicht erwartet. Sie handeln international  
11 auf dem Beschaffungsmarkt im Einkauf oder Vertreiben ihre Produkte europaweit. Die gemeinsame  
12 Währung erleichtert einiges.

13 Auch die privaten Haushalte Oberfrankens treiben internationalen Handel: Tanken in Tschechien, oder  
14 die dortigen Restaurant- und Frisörbesuche. Der Urlaub auf Mallorca, Gran Canaria und in Italien. Das al-  
15 les ist grenzüberschreitender Handel, der ohne Europa nur schwieriger möglich wäre. 40 Jahre lang  
16 konnte ein Teil der der deutschen Bevölkerung nur nach Ungarn oder Russland in den Urlaub fahren. Für  
17 viele scheint die Freizügigkeit selbstverständlich. Sie ist zu einem großen Teil jedoch ein Verdienst der Eu-  
18 ropäischen Union. Den Menschen sollte dies bewusster werden. **Wir fordern deshalb eine durch den  
19 Bund finanzierte Imagekampagne, die die positiven Auswirkungen Europas ganz pragmatisch und rea-  
20 litätsnah herausstellt.**

21 Wenn das getan wird, und Europa nach unseren Vorstellungen umgestaltet wird, dann können die Men-  
22 schen wieder von Europa begeistert werden. Sie müssen die positiven Auswirkungen Europas direkt spü-  
23 ren.

24 **Wir wollen ein solidarisches, soziales und gerechtes Europa. Wir wollen kein Europa des Spardiktats  
25 durch zwei Regierungschefs. Wir wollen ein Europa, das durch seine Bevölkerung regiert und gelenkt  
26 wird. Wir wollen ein Europa, das keine einseitige Politik für die Wirtschaft, insbesondere die Finanz-  
27 wirtschaft macht. Wir wollen ein Europa, das für jeden einzelnen Mensch spürbar positiv wirkt. Wir  
28 wollen ein Europa, das wieder begeistert.**